

Wahlprüfsteine der Kreisgruppe Augsburg, BUND Naturschutz e. V.

Landtagswahl Bayern am 8. Oktober 2023



BUND
Naturschutz
in Bayern e.V.

Stimmkreis 702 Augsburg-Stadt-West		CSU Leo Dietz	FDP Ralf Neugschwender	Freie Wähler Claudia Schuster	Bündnis90/Die Grünen Cemal Bozoglu	SPD Dr. Florian Freund
Mobilität	In welcher Form unterstützen Sie das Volksbegehren Radentscheid?	Keine Antwort	Die FDP Augsburg war eine der Unterstützerinnen des Augsburger Radentscheids. Die Teilnahme entsprang der Überzeugung, dass Radfahren (und auch der öffentliche Nahverkehr) so attraktiv gemacht werden muss, dass es zu einer echten Alternative zum Auto wird. Allerdings hat sich im Verlaufe der Verhandlungen zum öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Stadt Augsburg herausgestellt, dass es den Verhandlungsführern nicht nur darum geht, die Radinfrastruktur zu verbessern, sondern gleichzeitig abschreckend in den Autoverkehr einzugreifen. Diese Erfahrung hat uns trotz der weiter vorhandenen Bereitschaft, den Radverkehr zu fördern und dafür in Konfliktsfällen auch gegen den Autoverkehr zu entscheiden, das bayernweite Volksbegehren nicht zu unterstützen.	Die Bayernkoalition hat mit dem Radgesetz wesentliche Punkte des Volksbegehrens aufgegriffen. Dies stellt nach unserem Dafürhalten einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Als FREIE WÄHLER wollen wir den Kommunen den Handlungsspielraum geben, den sie benötigen, um für jede Region Bayerns mit ihren unterschiedlichen Lebensbedingungen die passende Lösung zu finden. Dabei müssen die Anreize gesetzt werden, um zukunftsfähige Lösungsstrategien auszuwählen. Hier ist neben einer attraktiven Förderung auch eine inhaltliche Hilfestellung notwendig. So gibt es weltweit verschiedene Konzepte, die zukunftsfähig Lebensqualität sichern können; zu nennen ist hier beispielsweise das 15- Minuten-Stadt-Konzept für Paris.	Das Volksbegehren habe ich natürlich mit meiner Unterschrift unterstützt und auch alle Menschen in meinem Umfeld aufgerufen, es ebenfalls zu tun. Dazu hatte ich damals auch Öffentlichkeitsarbeit gemacht. (Vgl.: https://www.instagram.com/p/CfTqS4pNWf/?img_index=1) Voller Elan streite ich für eine Mobilitätspolitik, die ein Gleichgewicht zwischen allen Verkehrsteilnehmenden schafft. Damit Bürger*innen frei entscheiden können, wie sie von A nach B kommen, braucht es seitens des Freistaates massive Investitionen in die Fahrrad-Infrastruktur.	Die BayernSPD ist Bündnispartner des vom adfc und vcd initiierten Radbegehrens. Als Bündnispartner sammeln wir Unterschriften, legen entsprechende Listen bei Veranstaltungen aus und werben aktiv für die Unterzeichnung.
	Sind Sie für die dauerhafte Einführung eines kostengünstigen ÖPNV-Tickets für Jedermann?	Keine Antwort	Das von Bundesverkehrsminister Volker Wissing eingeführte Deutschlandticket ist mit 49 Euro bereits eine kostengünstige Möglichkeit, den ÖPNV deutschlandweit zu nutzen. Bei der Preisgestaltung des ÖPNV darf nicht ausgeblendet werden, dass die finanziellen Mittel, die in die Subventionierung von Fahrkarten gesteckt wird, dann für den Ausbau der Infrastruktur und die Verdichtung von Takten fehlt.	Als FREIE WÄHLER sind wir davon überzeugt, dass gerade der ländliche Raum nur dann zukunftsfähig ist, wenn dort der SPNV und der ÖPNV ausgebaut und so zu einer echten Alternative zum Individualverkehr wird. Die aktuelle Entwicklung des Deutschlandtickets hat gezeigt, dass hiermit die Bundesregierung den zweiten vor dem ersten Schritt getan hat: Wir halten den staatlich unterstützen Ausbau der Infrastrukturen für die primäre Aufgabe der Verkehrswende. Nur so kann mit einem bezahlbaren Ticket auch ein attraktives Angebot entstehen.	Mit Sicherheit ja. Der Öffentliche Nahverkehr muss einfach und günstig sein, damit ihn möglichst viele Menschen nutzen. Wir GRÜNEN wollen, dass Bayern das bundesweite 49-Euro-Ticket auf unser Bundesland herunterbricht. Deshalb wollen wir ein „Klimaticket Bayern“ einführen, mit dem jeder Mensch für 29 Euro monatlich in Bayern unterwegs sein kann. Außerdem wollen wir für einen kostenfreien öffentlichen Nahverkehr für Kinder, Jugendliche und alle Menschen in Ausbildung bis 28 Jahren sorgen.	Ja. Mit dem 49-Euro-Ticket des Bundes, hat die SPD-geführte Ampelregierung ein eindrucksvolles Zeichen für mehr ÖPNV gesetzt. Andere Bundesländer haben dieses Angebot bereits ergänzt und bestimmte Verbilligungen eingeführt. Das sollte auch im Flächenland Bayern kommen. Besonders am Herzen liegt mir, dass für einkommensschwächere Gruppen noch einmal gesonderte Angebote etabliert werden.

	<p>Unterstützen Sie die Idee einer autofreien Innenstadt Augsburgs?</p>	<p>Keine Antwort</p>	<p>Vorausgeschickt sei, dass diese Frage eigentlich in Wahlprüfsteine für Kommunalwahlen gehört, nicht für Landtagswahlen. Zweifellos stellt der Autoverkehr eine Belastung für große Teile der Augsburger Innenstadt dar. Deswegen wollen wir die Altstadt durch die Einführung eines sog. Schleifensystems (nach Münchner und Nürnberger Vorbild – wer es hipper mag: vergleichbar der „Superblocks“ in Barcelona) für den Durchgangsverkehr sperren und verkehrsberuhigen, allerdings weiterhin für Anwohner, Gewerbetreibende, Kunden und Lieferanten zugänglich lassen. Die Innenstadt wird in „Tortenstücke“ aufgeteilt, die erreichbar bleiben, allerdings sind diese nur in Schleifen zu befahren, eine Fahrt von einem Tortenstück ins benachbarte ist für den motorisierten Individualverkehr nicht möglich. Die frei werdenden Verkehrsflächen der dann ehemaligen Durchgangsschneisen und Kreuzungen wollen wir für mehr Grün, Fahrradwege und Spielplätze nutzen. Allerdings lösen weder eine „autofreie“ Innenstadt noch das von uns als bessere Alternative angestrebte Schleifensystem das Problem, dass das Augsburger Straßennetz weiterhin gemäß der Verkehrsplanung der 1950er Jahre zentral auf die Innenstadt ausgerichtet ist. Nach den letzten zur Verfügung stehenden Zahlen (2011) passieren die Strecke zwischen dem Jakobertor und dem Staatstheater täglich 23.000 Fahrzeuge. Durch eine bloße Sperrung der Innenstadt wird der Durchgangsverkehr nicht verschwinden, der sich mangels Umfahrungsmöglichkeiten derzeit in Nord-Süd- und Ost-West-Richtung durch die Altstadt quält. Zu befürchten wären Verlagerungen in angrenzende Wohngebiete. Deswegen muss die Verkehrsberuhigung der Innenstadt Hand in Hand gehen mit einem Ausbau der Fahrradinfrastruktur und des ÖPNV, aber auch mit dem Bau einer Inne Stadtumfahrung.</p>	<p>Die Entwicklung in vielen Städten hat in den letzten Jahren gezeigt, dass die Sperrung der Innenstädte für den motorisierten Verkehr zu einer Steigerung der Attraktivität und des Lebensgefühls führen kann. Ob dies in jedem Einzelfall Sinn macht, muss vor Ort entschieden werden. Hier gilt der verfassungsrechtliche Grundsatz der Kommunalen Selbstverantwortung. Hierbei ist neben der Versorgung gerade auch die vorhandene Siedlungsstruktur und infrastrukturelle Erschließung zu beachten.</p>	<p>Ja, diese Idee unterstütze ich natürlich sehr. Die Aufenthaltsqualität würde sich enorm verbessern, wir hätten damit einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz geleistet und auch für die Wirtschaft würde ein solcher Schritt Chancen mit sich bringen. In diesem Zusammenhang war der Verkehrsversuch „autofreie Maximilianstraße“, für das wir GRÜNEN uns im Vorfeld besonders stark gemacht hatten, ein wichtiger Meilenstein. Autofreiheit kann aber nur gelingen durch einen guten und günstigen ÖPNV sowie eine gute Infrastruktur für Fahrrad und Fußgänger*innen. Deshalb gilt es auch in diesen Bereichen weitere Schritte zu gehen.</p>	<p>Autofrei nein. Eine Innenstadt, in der – Gottseidank – noch eine größere Zahl an Menschen lebt, werden wir Anliegerinnen und Anlieger die Einfahrt nicht verwehren können. Gleiches gilt für die Lieferung von Paketen und Päckchen und Ähnliches. Unser Ziel sollte es sein, den MIV an der Stadtgrenze möglichst abzufangen und einen kostengünstigen Umstieg auf andere Verkehrsträger zu ermöglichen. Wenn das erfolgt ist, könnte man auch einen noch größeren Teil an Parkplätzen für andere Nutzungen zur Verfügung stellen.</p>
--	---	----------------------	--	---	---	--

<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Biodiversität</p>	<p>Wie möchte Ihre Partei die Beschlüsse aus dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“ konkret in unserer Region umsetzen? Benennen Sie konkrete Beispiele wie die Umsetzung auf allen kommunalen Grünflächen Ihrer Meinung nach realisiert werden soll.</p>	<p>Keine Antwort</p>	<p>Vorausgeschickt sei hier ebenfalls, dass diese Frage eigentlich in Wahlprüfsteine für Kommunalwahlen gehört, nicht für Landtagswahlen. Die gesetzlichen Regelungen des Volksbegehrens und seines Begleitgesetzes richten sich auch an die bayerischen Kommunen, wenn auch ohne verpflichtende Bestimmungen. U. a. ist es Kommunen nun möglich, die ökologische Landwirtschaft auf ihren Flächen durch vergünstigte Pachten zu fördern, um somit einen Beitrag zum 30 %-Ziel bis 2030 zu erreichen. Auch die Stadt Augsburg sollte von dieser Möglichkeit auf ihren Flächen Gebrauch machen. Zudem gelten die gesetzlichen Vorgaben zu Gewässerrandstreifen, Moorschutz, Pestizidverbot, etc. auch für kommunal bewirtschaftete Flächen und somit auch für die Stadt Augsburg.</p>	<p>Wir FREIEN WÄHLER haben dafür gesorgt, dass das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ überhaupt umsetzbar wurde, in dem wir mit weiteren Gesetzesänderungen die handwerklichen Fehler ausgebessert haben. Die Umsetzung der Beschlüsse laufen bereits bayernweit, da sie in das bayerische Naturschutzgesetz aufgenommen wurden.</p>	<p>Eine vielfältige Natur ist für uns Menschen überlebenswichtig. Wir Menschen sind nicht die Herrscher der Natur, sondern ein Teil dieser. Deshalb werden wir GRÜNEN u.a. ein Konzept für ein Biotopverbundsystem aus naturnahen Wäldern und Naturwäldern entwickeln. Damit gehen wir wichtige Schritte für mehr Biodiversität und Artenschutz. Wir wollen neue Naturschutzgebiete ausweisen, um unsere Auen, Moore, artenreichen Wiesen und andere einzigartige Lebensräume zu schützen. Die nationalen und europäischen Biodiversitätsstrategien wollen wir in Bayern konsequent umsetzen. Dafür wollen wir das europäische Schutzgebietssystem „Natura 2000“ in Bayern schnell und unter Einhaltung aller Vorgaben zu einem wirkungsvollen Biotopverbund ausbauen. Wir GRÜNEN werden das neue Naturschutzgesetz endlich vollständig umsetzen. Dafür braucht es auch Personalressourcen! Deshalb werden wir die Bezirksregierungen und Landratsämter mit zusätzlich 200 Stellen personell verstärken.</p>	<p>Unsere Fraktion hat als eine der ersten Gruppen in Augsburg die Umsetzung einer Freiflächengestaltungssatzung gefordert, um etwa leblose Schottergärten zu unterbinden. Wichtig ist uns dabei ein Vorgehen mit Augenmaß. Die Freiflächengestaltung muss handhabbar und finanzierbar sein und darf nicht zu einer übermäßigen Verteuerung von Wohnraum führen. Auch beim Mähen von Straßenbegleitgrün und städtischen Grünflächen sehen wir im Übrigen noch Potential für mehr Nachhaltigkeit und Insektenschutz. Das Thema Lichtverschmutzung sollte in diesem Zusammenhang ebenfalls angegangen werden.</p>
--	--	----------------------	--	---	--	---

Energie	Wie möchten Sie den Ausbau von regenerativen Energien in Stadt und Kommune konkret voranbringen?	Keine Antwort	<p>Wie bei den vorhergehenden Fragen 1 (Spiegelstrich 3) und 2 gehört diese Frage eigentlich auch in Wahlprüfsteine für Kommunalwahlen, nicht für Landtagswahlen. Da die Flächenbereitstellung für die Windkraft von den Regionalen Planungsregionen vorangebracht wird, muss die Stadt Augsburg vor allem für die Photovoltaik geeignete Flächen zur Verfügung stellen. In einer Stadt wie Augsburg bieten sich hierfür Dach- und Balkon-PV-Anlagen, sowie mit PV-Panelen überdachte Parkplatzflächen an. Leider wurde ein Antrag, den FDP-Stadtrat Lars Vollmar mit der Fraktion Bürgerliche Mitte gestellt hat und der vorsah, Bebauungspläne zu ändern, um eine solche Überdachung zu ermöglichen, von der Koalition aus CSU und Grünen im Augsburger Stadtrat abgelehnt. Zudem sieht der Koalitionsvertrag der Bundesregierung vor, dass Solarenergie bei privaten Neubauten „die Regel werden“ soll, was zusätzlichen Schwung in den Ausbau der Solarenergie bringen wird.</p>	<p>Als FREIE WÄHLER sind wir davon überzeugt, dass die Energiewende nur durch einen Mix an erneuerbaren Energien funktionieren kann. Diese müssen dezentral produziert und so eine regionale Versorgung sichergestellt werden. Wir halten die ideologische Energiepolitik der Ampelregierung, die technologieoffene Ansätze verhindert, daher für schädlich. Wir müssen die Scheuklappen abnehmen, um die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte effektiv und im fachübergreifenden Dialog anzugehen.</p>	<p>Wir GRÜNEN wollen in Bayern ein öffentliches Energieunternehmen gründen, das in eigene Erneuerbare-Energie-Anlagen investiert und diese bündelt. Wir holen die Uniper-Wasserkraftwerke zurück in bayerische Hand, gehen mit Erkundungsbohrungen für Geothermieanlagen in Vorleistung, bauen pro Jahr 1000 Solarenergie-Anlagen auf Dächern, Fassaden und Parkplätzen des Staates und nutzen den Staatswald als Energiequelle, indem wir 200 Windräder in den Staatsforsten errichten lassen. Wir wollen für Bayern die Windkraftproduktion insgesamt versechsfachen auf 30 Milliarden Kilowattstunden bis zum Jahr 2030. Dazu sollen bis Ende 2025 in jeder Region Bayerns 1,8 Prozent der Landesfläche zu Vorrangflächen für die Windenergie werden. Wir beenden die jahrelange Blockade-Politik. Nach dem Ende der unsäglichen 10H-Regel für Windenergieanlagen beschleunigen wir die Planungs-, Genehmigungs- und Klageverfahren weiter und setzen auf einen zügigen und vorausschauenden Netzausbau insbesondere auf Verteilnetzebene, damit neue Anlagen schnellstmöglich angeschlossen werden. Grundlage einer erfolgreichen Energiewende ist auch ein intelligenter Speicherausbau. Dazu bauen wir an den Knotenpunkten unseres Stromnetzes Batteriespeicher auf, reaktivieren den Pumpspeicher Happurg und wandeln überschüssigen Strom in speicherbare Wärme und in Wasserstoff um. Mit einem ausgebauten und digitalisierten Netz in einem starken europäischen Verbund der Erneuerbaren Energien können Unternehmen in Zukunft viel leichter günstige Strom-Überangebote nutzen und teure Strompreispasen vermeiden.</p>	<p>Der Freistaat kann hier über Förderprogramme und die Festlegung von Richtlinien positiv wirken. Die verdichteten Bereiche – aber auch bestehende Verkehrsflächen – bieten großes Potenzial für den Ausbau von Photovoltaik. Hier brauchen wir einen pragmatischen Umgang mit den Belangen des Denkmalschutzes und andere Belangen. Auch hier kann der Freistaat Vorgaben so ändern, dass erneuerbaren Energien mehr Raum gegeben wird – auch in Städten. Das hätte den Vorteil, dass wir sehr flächenschonend Sonnenenergie nutzen würden – anders als etwa bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen.</p>
---------	--	---------------	--	--	--	---

	<p>Wie möchten Sie es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen aktiver Teil der Energiewende zu sein?</p>	<p>Keine Antwort</p>	<p>Die FDP hat in der Bundesregierung vor allem den Bürokratieabbau bei der Energiewende beschleunigt. Im neuen Solarpaket ist vorgesehen, die technischen Vorgaben für eine Direktvermarktung bei kleinen Anlagen bis 25 kW Leistung zu vereinfachen. Zudem sollen in einer gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung PV-Strom bürokratiefrei im Haus weitergegeben können. Dazu zählt z. B. die Befreiung von der bisher geltenden Pflicht zur Reststromlieferung. Daneben soll das klassische Mieterstrom-Fördermodell auf gewerbliche Gebäude und Nebenstrukturen wie etwa Garagen ausgedehnt werden. Außerdem entfällt für Balkon-PV-Anlagen die bisherige Anmeldung beim Netzbetreiber, während die Anmeldung im Marktstammdatenregister deutlich verschlankt wird. Auch das Repowering von Dachanlagen mit neuer und leistungsfähigerer Technik soll deutlich leichter werden.</p>	<p>Wir streben den gezielten Ausbau von erneuerbaren Energien unter Einbeziehung der Bürger und mit Wertschöpfung vor Ort an. Die Wertschöpfung gehört in die Hand von Bürgern und Kommunen, sie müssen bei der Ausgestaltung von Vorhaben angemessen beteiligt werden, sowohl bei der Planung als auch beim Betrieb, und es muss ein erkennbarer Nutzen für alle Akteure daraus gezogen werden.</p>	<p>Wir wollen die Energiewende mit allen Menschen zusammen machen. Deshalb sorgen wir für Teilhabe und Beteiligung. Damit schaffen wir Vertrauen und Planungssicherheit. Damit das gelingt, wollen wir Bürgerenergie-Projekte, regionale Energiegenossenschaften und die Stadtwerken in der Hand der Kommunen stärken. Alle Menschen in Bayern sollen sich an der sauberen Energie von morgen finanziell beteiligen können.</p>	<p>Wir fordern als SPD verpflichtende Beteiligungsmodelle bei der Errichtung von Anlagen zur Energiegewinnung, damit Menschen und standortnahe Städte und Gemeinden stärker von den Erlösen aus neuen Wind- oder Solarparks profitieren.</p>
<p>Flächenfraß</p>	<p>Wie wollen Sie das von CSU/FW formulierte Ziel der Flächenversiegelung von max. 5 ha pro Tag konkret umsetzen?</p>	<p>Keine Antwort</p>	<p>Wir fordern die Reduzierung der Neuinanspruchnahme von Flächen, um das Fünf-Hektar-Ziel zu erreichen. Die bestehenden Regularien im Landesplanungsgesetz sind aber für die einzelnen Planungsträger nicht greifbar. Daher fordern wir, dass der Freistaat Bayern den Kommunen in Bayern mitteilt, wie hoch rechnerisch das auf sie fallende „Flächenkontingent“ ist. Diese Größen sollen dann als Leitlinien der kommunalen Planung dienen.</p>	<p>Mit der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hat der Bayerische Wirtschaftsminister erstmals umweltpolitische Ziele in den Fokus der bayerischen Gesamtplanung gerückt. Auf Grund dieser Planung werden die Regional und Einzelpläne nunmehr angepasst, um unter anderem auch das 5 ha-Ziel zu erreichen. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass die Planung aber neben dem Umweltschutz auch immer den Erhalt der wirtschaftlichen Lebensstrukturen für Bayern sicherstellen muss. Es handelt sich mitunter um einen Drahtseilakt, den Bayern und die regionalen Planungsverbände vollziehen müssen.</p>	<p>Tag für Tag gehen in Bayern aktuell über 10 Hektar Wälder, Wiesen und Felder unwiederbringlich verloren. Das muss dringend beendet werden. Wir wollen nicht, dass Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen unter Beton verschwindet. Dafür wollen wir eine verbindliche Halbierung des Flächenverbrauchs auf 5 Hektar pro Tag! Wir wollen dafür u.a. den Fokus auf interkommunale Zusammenarbeit richten und Flächenrecycling aktiv fördern. Nicht mehr benötigte Flächen wollen wir schnellstmöglich wieder entsiegeln. Wir GRÜNEN schaffen auch Wohnraum, indem wir weiter nach oben bauen. Dazu werden mehrgeschossige Gebäude, Dachausbauten, Aufstockungen und Erweiterungen bestehender Gebäude gefördert und die Genehmigungsverfahren vereinfacht. Spekulationen mit Grund und Boden schieben wir zuletzt einen Riegel vor, indem wir die Grundsteuer C auf Bauland einführen, um den Kommunen ein Steuerungsinstrument für unbebaute Grundstücke an die Hand zu geben.</p>	<p>Der Bund hat als Ziel formuliert, den Flächenverbrauch bundesweit auf 30 ha pro Tag zu reduzieren. Die CSU-geführte Staatsregierung möchte den Flächenverbrauch in Bayern – den bundespolitischen Vorgaben entsprechend – auf 5 ha pro Tag reduzieren. Derzeit liegt die tägliche Flächeninanspruchnahme in Bayern in etwa doppelt so hoch. Die Zielsetzung ist absolut zu unterstützen. Der Freistaat Bayern wächst sowohl wirtschaftlich als auch im Hinblick auf die Einwohnerzahl. Das erzeugt Siedlungsdruck und hat in einigen Bereichen zu sehr starken Preissteigerungen im Wohnungsmarkt geführt. Deswegen müssen wir Bauen. Allerdings müssen wir mehr Anstrengungen bei der Nutzung vorhandener Flächenpotentiale unternehmen und konsequent Baulücken und Brachflächen nutzen. Ein wesentliches Instrument könnte hier die Einführung der Grundsteuer C auch in Bayern sein.</p>

Bauen & Wohnen	Sind Sie für ein Verbot von Schottergärten und versiegelter Fläche?	Keine Antwort	Nein, nicht pauschal. Jede Bürgerin und jeder Bürger soll sein Eigentum gestalten können, wie es ihr oder ihm gefällt. In der dekorativen Gestaltung von Gärten hat der Staat nicht reinzureden. Allerdings befürworten wir mehr Öffentlichkeitsarbeit und Beratung bzgl. Der insektenfreundlichen Gestaltung von (Vor-) Gärten.	Als FREIE WÄHLER sind wir tief in der bayerischen Kultur und Tradition verwurzelt. Wichtiger Teil des ländlichen bayerischen Lebens ist das Leben in und mit der Natur. Grünflächen und Gärten sind das Sinnbild des erdverbundenen produktiven Bayern. Wir sprechen uns daher nicht nur gegen die Versiegelung von Gartenflächen aus, sondern auch gegen eine übertriebene „Zivilisierung“ dieser Flächen. Unsere Gärten sollten Anbaufläche und Rückzugsort für uns und die Natur sein.	Wir GRÜNEN sind für Artenvielfalt und Klima und deshalb gegen Schottergärten. Dazu haben wir im Landtag schon im Jahr 2020 einen Antrag eingebracht und die Staatsregierung aufgefordert, die Errichtung von sog. Schottergärten zu unterbinden, indem eine Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes vorgelegt wird.	Schottergärten sollten unzulässig sein. Hierzu habe ich bereits weiter oben (Insektenschutz) ausführlich ausgeführt. Sollte mit der Frage nach einem Verbot versiegelter Flächen gemeint sein, dass in Gärten und Freizeitflächen die Versiegelung durch Terrassen / Überdachungen etc. so gering wie möglich gehalten werden soll, kann ich zustimmen.
Landwirtschaft & Gentechnik	Wie setzen Sie das Ziel von 30 % Ökolandbau in Stadt und Landkreis um?	Keine Antwort	Wir unterstützen die Koexistenz von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft gemäß der Präferenzen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Allerdings lehnen wir das Ziel der Bayerischen Staatsregierung ab, den ökologischen Landbau bis 2030 auf mindestens 30 Prozent zu erhöhen. Es ist wichtig, dass die Förderprogramme des Freistaats keine Diskriminierung zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft beinhalten. Forschung für Ökolandbau und Forschung für konventionelle Landwirtschaft sollten außerdem ausreichend finanzielle Mittel erhalten. Auch die konventionelle Landwirtschaft muss zukünftig noch nachhaltiger wirtschaften.	Auch dieses Ziel setzen wir landesweit um, hier sind wir auf einem sehr guten Weg. Wir setzen dabei vor allem auf die Freiwilligkeit der Landwirte. Bayern ist bereits jetzt Vorreiter im Ökolandbau, wir werden den Anteil jedoch noch weiter ausbauen. Der Ausbau des Ökolandbaus darf aber nicht an den Bedürfnissen und Wünschen der Kunden vorbeigehen, ansonsten wird es scheitern.	Wir GRÜNEN setzen uns konsequent und hartnäckig für das Ziel 30 % Ökolandbau bis 2030 ein. Ökologische Landwirtschaft ist gut für die Artenvielfalt, die Trinkwasserqualität, für den Boden und für das Klima. Wir müssen in allen Bereichen ansetzen, um das Ziel auch zu erreichen: in Forschung, Lehre, Ausbildung, Ressourcenausstattung und besonders durch eine feste Bio-Quote in der Gemeinschaftsverpflegung. Wir wollen zwischen 30 und 50 Prozent in den staatlichen Kantinen und einem Mindestanteil von 20 Prozent in der Gemeinschaftsverpflegung in ganz Bayern. Die von der Grünen Fraktion im bayerischen Landtag initiierte Anhörung „ökologische Landwirtschaft und ökologische Lebensmittel in Bayern“ im Juni 2023 machte deutlich, dass zur Zielerreichung noch Einiges zu tun ist.	Die Verpachtung von kommunalen Ackerflächen an Landwirte auch an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten könnte hierzu m.E. einen Beitrag leisten. Zudem kann die Kommune dort, wo die selbst als Nachfragerin auftritt, Nachhaltigkeitskriterien zugrunde legen.
	Sind Sie für eine Fortführung der Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln, die mit Hilfe von Gentechnik (Crispr/Cas) hergestellt wurden?	Keine Antwort	Diese Frage ist aus unserer Sicht irreführend, da die Crispr/Cas-9 Technologien nicht von gewöhnlichen Züchtungsmethoden unterschieden werden kann. Gerade deswegen setzen wir uns dafür ein, dass neue Gentechnikmethoden, die sicherer und schneller einsetzbar sind als herkömmliche Züchtungsmethoden mittels Chemie oder Radioaktivität, in der europäischen Landwirtschaft eingesetzt werden können. Zudem bieten moderne Züchtungsmethoden die Chance mehr Ertrag auf der vorhandenen Fläche zu erwirtschaften und weniger chemischen Pflanzenschutz einzusetzen.	Ja. An einer Kennzeichnungspflicht soll festgehalten werden, und ein hohes Schutzlevel beibehalten werden.	Ich bin grundsätzlich für eine Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte, damit die Bürger*innen transparent einsehen können, was in den Lebensmitteln steckt, die am Ende des Tages auf ihre Teller kommen.	Das ist meines Wissens ein Bundesthema. Die SPD setzt sich für die Beibehaltung entsprechender Regeln ein. Ohne Kennzeichnung ist eine Rückverfolgbarkeit unmöglich, und das wäre ein Verstoß gegen das Vorsorgeprinzip. Ohne Kennzeichnung gibt es keine Transparenz.